

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 16

18.04.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

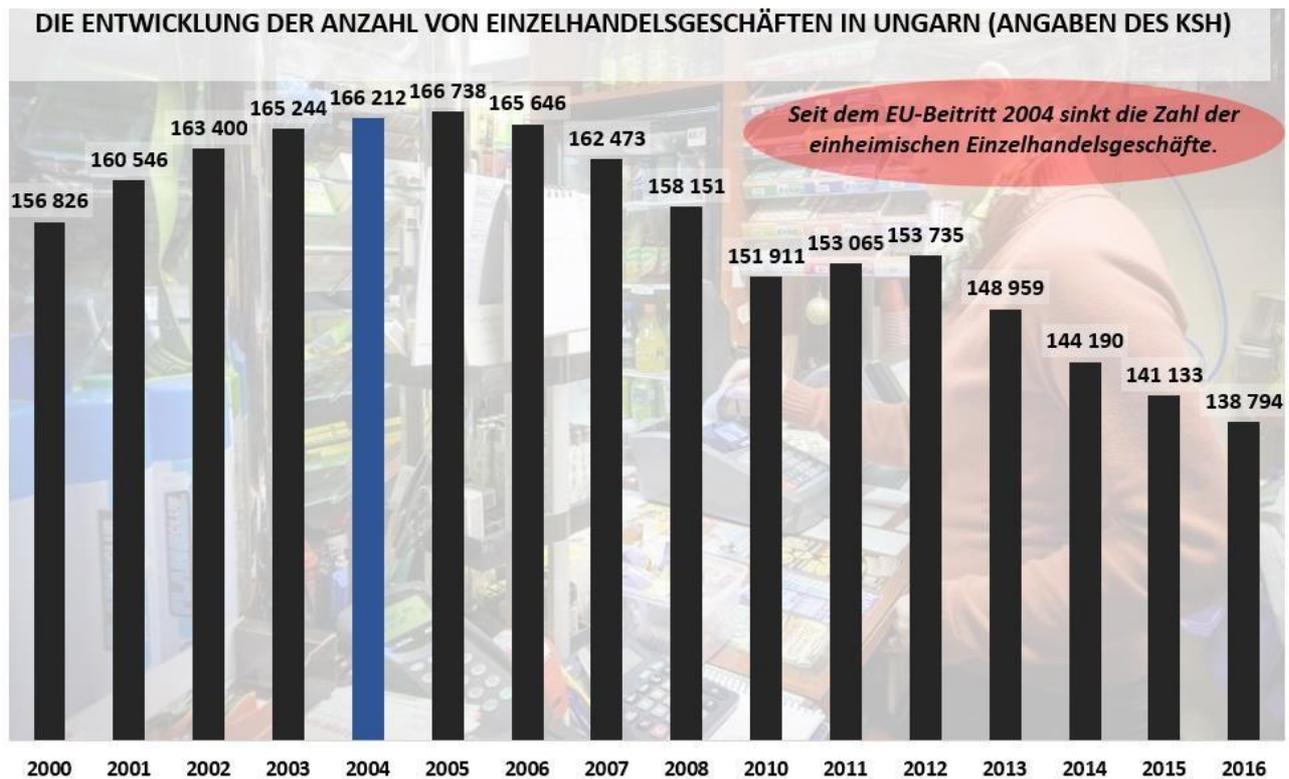
- **DIE UNTERSTÜTZUNG DES EINHEIMISCHEN EINZELHANDELS IST UNVERZICHTBAR.** Seit Ungarns EU-Beitritt 2004 ist die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte im Lande deutlich zurückgegangen, was eindeutig mit der Expansion der ausländischen multinationalen Unternehmen zu erklären ist. Im Interesse eines Schutzes der verbliebenen Handelseinheiten strebt die Regierung unter Einhaltung des Gemeinschaftsrechts die Ausgestaltung eines neuen Systems der Förderungen und Regulierungen an.
- **DAS INFLATIONSZIEL KANN GEHALTEN WERDEN.** Im März fiel die Inflationsrate mit 2,7 Prozent unter den erwarteten Wert, nachdem sie im Februar bereits bei 2,9 Prozent angelangt war. Im weiteren Jahresverlauf könnte die Inflation zeitweilig über 3 Prozent steigen, die mittlere Jahresinflation dürfte sich jedoch um 2,5 Prozent einpegeln.
- **UNGARN IST EIN ANHÄNGER DES DIALOGS.** Der Luxemburger EVP-Abgeordnete im Europaparlament, Frank Engel, der Ungarn in der Sache der CEU kritisierte, findet sich ebenfalls auf jener Liste des George Soros zuzurechnenden European Policy Institute, welche mehrere hundert Abgeordnete des Europaparlaments als „zuverlässige Verbündete“ einstuft. Die Mehrheit der EVP zeigt sich für einen Dialog mit dem besagten Abgeordneten offen, während Ministerpräsident Viktor Orbán voraussichtlich an der Plenarsitzung des Europaparlaments Ende April teilnehmen wird, um alle umstrittenen Fragen zu beantworten.
- **AM 8. APRIL KÖNNTEN DIE WAHLEN 2018 STATTFINDEN.** Sollte der Staatspräsident den frühestmöglichen Zeitpunkt festsetzen, bleibt weniger als ein Jahr bis zu den Parlamentswahlen 2018. Wegen stagnierender Sympathiewerte der Oppositionsparteien und der daraus resultierend zu erwartenden Wahlniederlage dürfte die Strategie von Seiten Jobbik und der Linken im Wahlkampf negativer und aggressiver als zuvor ausfallen. Von der jüngsten Demonstration für die CEU wird wahrscheinlich keine einzige Oppositionspartei profitieren können.
- **DAS NEUE GESETZ ZUR REGULIERUNG DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN IST MILDER ALS DAS AMERIKANISCHE PENDANT.** Der Gesetzentwurf über die Transparenz von aus dem Ausland unterstützten Organisationen besitzt keinen Sanktionscharakter, dieser dient vielmehr ausschließlich einer steigenden Transparenz. Das Beispiel der Vereinigten Staaten und Israels zeigt, dass souveräne Staaten bemüht sind, die aus dem Ausland unterstützten, in die Politik eingreifenden Organisationen von den tatsächlich zivilen Organisationen zu unterscheiden, die von unten aufgebaut werden.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Unterstützung des einheimischen Einzelhandels ist unverzichtbar

Seit Ungarns EU-Beitritt 2004 ist die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte im Lande deutlich zurückgegangen, was eindeutig mit der Expansion der ausländischen multinationalen Unternehmen zu erklären ist. Im Interesse eines Schutzes der verbliebenen Handelseinheiten strebt die Regierung unter Einhaltung des Gemeinschaftsrechts die Ausgestaltung eines neuen Systems der Förderungen und Regulierungen an.

Ungarn respektiert die Grundwerte der Europäischen Union, darunter den freien Strom von Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften, welchen das Land nicht beschränken will. Im Sinne der Bewahrung dieser Gemeinschaftswerte regt die Regierung keine Veränderung der Rechtsnormen an, die im Widerspruch zur Niederlassungsfreiheit von Unternehmen stehen würde. Dennoch besteht parallel zur Einhaltung dieser Richtlinien die Möglichkeit, ähnlich wie in westeuropäischen Ländern ein System auszugestalten, mit dem der insbesondere im ländlichen Raum eine außerordentlich bedeutende Rolle spielende, heimische Einzelhandel geschützt würde.



Nach der vorliegenden Konzeption würde die Regierung im Interesse eines Schutzes des Einzelhandelssektors Firmen, die nicht freiwillig der Vorgabe einer verbindlichen

Mindestmitarbeiterzahl nachkommen, die Möglichkeit einräumen, alternativ 60 Prozent des garantierten Lohnminimums für Fachkräfte einzuzahlen, um daraus eine Art Förderfonds zu bilden. Aus diesem Fonds würden Handelsfirmen, die im ländlichen Raum tätig sind und dabei allgemein bekannt unter Wettbewerbsnachteilen leiden, Fördermöglichkeiten beispielsweise in Form von Ausschreibungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen eingeräumt.

Das ist deshalb notwendig, weil insbesondere auf dem Lande der Markt des Einzelhandels mit Waren des täglichen Bedarfs stark konzentriert ist, wobei es nicht wenige Orte in Ungarn gibt, wo die Versorgung der Bevölkerung genau aus diesem Grunde nicht ausreichend effizient geschieht. Aus den unter dem Titel „Zuwendungen zur Versorgungssicherheit“ kassierten Einzahlungen der großen Handelsketten, die am Markt ein Übergewicht repräsentieren, könnte landesweit eine verhältnismäßigere und daher eine höhere Qualität aufweisende Versorgung der Bevölkerung gefördert werden.

Das Inflationsziel kann gehalten werden

Im März fiel die Inflationsrate mit 2,7 Prozent unter den erwarteten Wert, nachdem sie im Februar bereits bei 2,9 Prozent angelangt war. Im weiteren Jahresverlauf könnte die Inflation zeitweilig über 3 Prozent steigen, die mittlere Jahresinflation dürfte sich jedoch um 2,5 Prozent einpegeln.

Weder in Ungarn noch anderswo in Europa oder Asien sind gehäufte Anzeichen dafür zu erkennen, dass die Inflation parallel zur Belebung der Wirtschaft erstarken würde. In Ungarn rechnet die Notenbank obendrein für die kommenden Monate mit einer gemäßigeren Teuerung. Damit dürften die Verbraucherpreise in Ungarn 2017 im Großen und Ganzen unterhalb des mittelfristigen Inflationsziels von 3 Prozent der Notenbank ansteigen.

Ausgehend von den aktuellen Trends dürfte die Notenbank sehr wahrscheinlich an ihrer außerordentlich lockeren monetären Politik festhalten, wobei es denkbar wäre, dass die Vorgaben hinsichtlich der dreimonatigen Einlagen weiter gelockert werden.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Ungarn ist ein Anhänger des Dialogs

Der Luxemburger EVP-Abgeordnete im Europaparlament, Frank Engel, der Ungarn in der Sache der CEU kritisierte, findet sich ebenfalls auf jener Liste des George Soros zuzurechnenden European Policy Institute, welche mehrere hundert Abgeordnete des Europaparlaments als „zuverlässige Verbündete“ einstuft. Die Mehrheit der EVP zeigt sich für einen Dialog mit dem besagten Abgeordneten offen, während Ministerpräsident Viktor Orbán voraussichtlich an der Plenarsitzung des Europaparlaments Ende April teilnehmen wird, um alle umstrittenen Fragen zu beantworten.

Nicht eben für eine Überraschung sorgten jene durch die einheimischen Medien des linksliberalen Lagers aufgegriffenen Forderungen des Luxemburger EVP-Politikers Frank Engel, der für die SorosStiftungen als „zuverlässiger Verbündeter“ gilt, einen Ausschluss des Fidesz aus der Parteienfamilie der EVP anzuregen. Manfred Weber vertritt derweil den Standpunkt einer Mehrheit in der Europäischen Volkspartei, indem er betonte, dass an Stelle des Schürens von Hysterie eine objektive Untersuchung der Europäischen Kommission in Verbindung mit der Änderung des Hochschulgesetzes erforderlich sei.

Somit folgt nun ein Abschnitt der Verhandlungen und des Dialogs, in welchem sich die ungarische Regierung nicht ausschließlich mit den betroffenen Akteuren hierzulande, sondern auch mit den zuständigen Stellen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten konsultieren wird. Ministerpräsident Viktor Orbán und weitere Regierungsvertreter deuteten an, dass kein verantwortlicher Politiker die Absicht haben könne, jede beliebige wissenschaftliche und Hochschultätigkeit unmöglich zu machen. Deshalb sei man zu Verhandlungen mit jenen Politikern bereit, denen solche Gedanken kommen, um alle Zweifel in dieser Richtung zu zerstreuen.

Dem gleichen Ziel dient, dass Viktor Orbán an der Plenartagung des Europaparlaments Ende April teilnehmen wird, um seinen Standpunkt bezüglich der in Verbindung mit Ungarn formulierten Sorgen darzulegen.

So betonte auch Frans Timmermans, der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, dass die ungarische Regierung allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz jederzeit zum Dialog bereit sei, nachdem dieser den Interessen beider Seiten diene. Ebenso geht es mit den ungarischen Interessen konform, wenn die Europäische Kommission eine Untersuchung in Verbindung mit der Änderung des

Hochschulgesetzes einleitet, in deren Ergebnis sich voraussichtlich bestätigen wird, dass sich die Gesetzesänderung im Einklang mit den Grundwerten der Europäischen Union befindet.

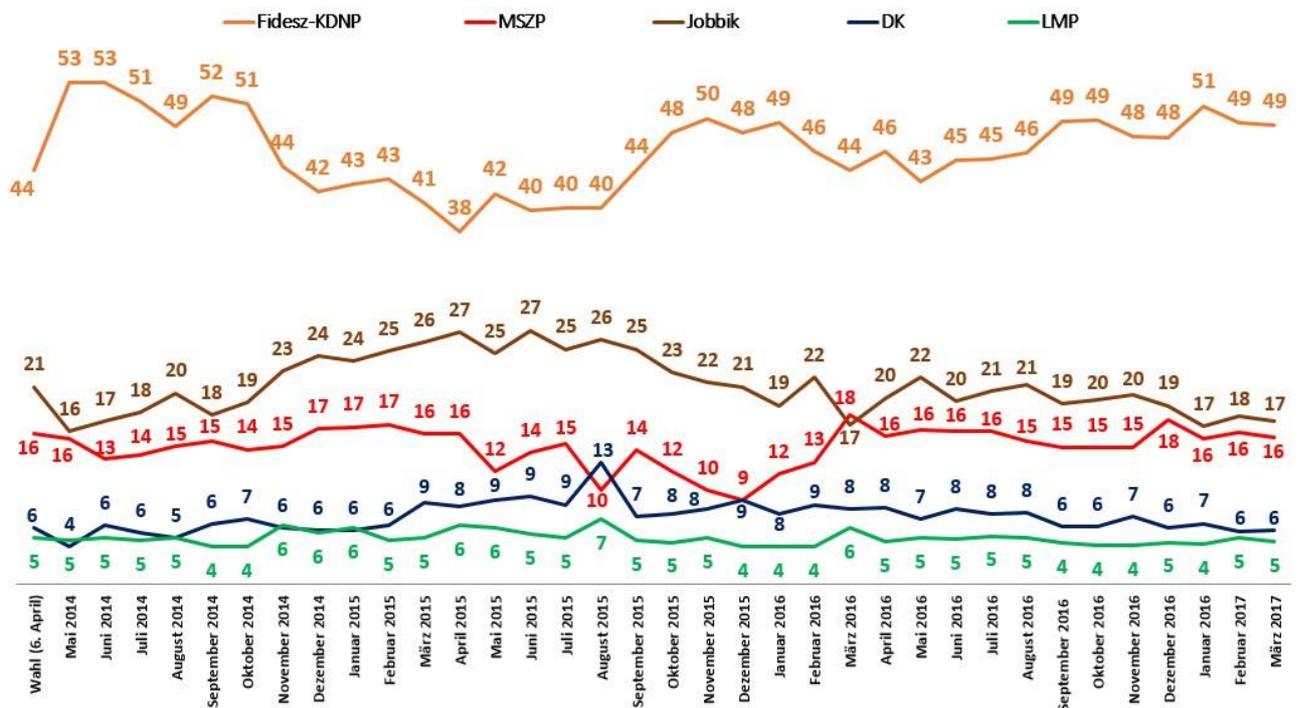
Einen vergleichbaren Dialog sucht Ungarn auch mit der US-Regierung, von deren Seite bislang ausschließlich die noch durch die frühere demokratische Regierung – und durch George Soros – unterstützten Repräsentanten in der Angelegenheit zu Wort kamen. Diese Angelegenheit wird jedoch kaum einen Konflikt mit US-Präsident Donald Trump heraufbeschwören, während die notwendigerweise erforderliche Debatte mit der US-Regierung in geordneten Bahnen verlaufen wird.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Am 8. April könnten die Wahlen 2018 stattfinden

Sollte der Staatspräsident den frühestmöglichen Zeitpunkt festsetzen, bleibt weniger als ein Jahr bis zu den Parlamentswahlen 2018. Wegen stagnierender Sympathiewerte der Oppositionsparteien und der daraus resultierend zu erwartenden Wahlniederlage dürfte die Strategie von Seiten Jobbik und der Linken im Wahlkampf negativer und aggressiver als zuvor ausfallen. Von der jüngsten Demonstration für die CEU wird wahrscheinlich keine einzige Oppositionspartei profitieren können.

Im Vergleich zum April 2014 zeigen die Parteienpräferenzen auch heute ein ähnliches Bild, was mit dem Herannahen der Wahlen eine zunehmende Frustration im Kreis der führenden Oppositionspolitiker verursachen wird. An dieser Lage ändern auch die regierungsfeindlichen Demonstrationen der vergangenen Tage nichts, nachdem die Parteien diese Bewegungen nur beobachten, ohne diese selbst zu gestalten, während ihre Rolle in der Praxis von der linksliberalen Presse übernommen wurde. Zumal im Ausgang des CEU-Konflikts sehr leicht früher oder später die öffentliche Erklärung eines engen Kerns der Demonstranten stehen könnte, wonach diese politische Ambitionen hegen. Damit aber würde das ohnehin stark fragmentierte linksliberale Lager noch weiter gespalten.



Monatliche Durchschnittswerte der Meinungsumfragen bezüglich der erwarteten Ergebnisse der Parteienlisten seit dem Frühjahr 2014 (in Prozent)

Die Regierungsparteien verfügen über eine ausgesprochen massive Stammwählerschaft, wobei schon bei früheren Protestaktionen sichtbar wurde, dass diese Basis auf mittlere und längere Sicht nicht erschüttert wird. Deshalb kann ganz und gar nicht davon die Rede sein, die aktuellen Ereignisse würden die Geschlossenheit des Regierungslagers spürbar schwächen können.

Das neue Gesetz zur Regulierung der Nichtregierungsorganisationen ist milder als das amerikanische Pendant

Der Gesetzentwurf über die Transparenz von aus dem Ausland unterstützten Organisationen besitzt keinen Sanktionscharakter, dieser dient vielmehr ausschließlich einer steigenden Transparenz. Das Beispiel der Vereinigten Staaten und Israels zeigt, dass souveräne Staaten bemüht sind, die aus dem Ausland unterstützten, in die Politik eingreifenden Organisationen von den tatsächlich zivilen Organisationen zu unterscheiden, die von unten aufgebaut werden.

Obgleich bei den Wahlen ausschließlich Parteien Kandidaten aufstellen können, nehmen jedoch an den politischen Entscheidungen, Debatten und Initiativen nicht mehr nur Parteien teil. Die aktuelle Initiative der Regierung bezieht sich deshalb auf jene Nichtregierungsorganisationen (NGO), die ein Mitspracherecht in Regierungsbelangen fordern.

Ungarn ist ein demokratischer Rechtsstaat, in dem jeder frei seine Meinung äußern kann. Der Gesetzentwurf handelt nicht davon, diese Freiheit einzuschränken, sondern davon, in Erfahrung zu bringen, welche Interessengruppen hinter einzelnen politischen Kampagnen, Protestaktionen und veröffentlichten Studien identifiziert werden können.

PROGNOSE

- Vom 18. bis zum 20. April weilt Ministerpräsident Viktor Orbán in Deutschland. Er wird in Stuttgart und Bonn mit Topmanagern und Akteuren des politischen Lebens verhandeln bzw. auf mehreren Foren Vorträge halten sowie am 19. April Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl treffen.
- Am 19. April behandelt die Regierung die Eckdaten für den Staatshaushalt 2018. Den endgültigen Entwurf wird die Regierung dem Parlament voraussichtlich in der letzten Aprilwoche oder spätestens Anfang Mai einreichen.
- Am 20. April findet eine TV-Debatte der fünf aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten in Frankreich statt.
- Am 23. April findet in Frankreich die erste Runde der Präsidentschaftswahlen statt.
- Am 23. April wird im XIV. Stadtbezirk von Budapest im Wahlkreis des vor mehr als einem Jahr spurlos verschwundenen sozialistischen Abgeordneten Attila Sápi eine Nachwahl veranstaltet.